

CDU Wahlprogramm sieht keinen thematischen Unterpunkt für Kultur und Medien vor

Die entsprechenden Unterpunkte sind im Folgenden aus dem Wahlprogramm in der Reihenfolge ihres Erscheinens zitiert

- 1. Menschen miteinander verbinden S. 1 - 2**
- 2. Freiheit leben und Kultur fördern S. 2 - 5**
- 3. Nie wieder ist jetzt – kein Platz für Antisemitismus S.5**

Menschen miteinander verbinden

Unser Land ist lebenswert. Unser Land ist neue Heimat für viele Menschen. Unser Land lebt davon, dass wir uns verstehen, begegnen und füreinander einstehen. Wir sehen jeden Einzelnen – und wissen zugleich: Ohne Verbindlichkeiten kann eine vielfältige Gesellschaft wie unsere nicht funktionieren.

- **Der Vielfalt eine Ordnung geben.** Die Werte unseres Landes müssen wir definieren und durchsetzen. Es braucht eine Leitkultur.
- **Bekenntnis zu unseren Werten.** Wer sich für unser Land entscheidet, entscheidet sich auch für seine Werte und unsere freiheitliche Demokratie. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zu Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaat. Wir verlangen ein eindeutiges Bekenntnis zu Israel und seinem Existenzrecht. Dazu gehört auch die Ablehnung von Antisemitismus in jeder Form.
- **Integration fördern und fordern.** Viele Menschen sind in den vergangenen Jahren aus Kulturen zu uns gekommen, die sich von der westlichen Kultur unterscheiden: in ihren Werten, ihrem Staats- und Religionsverständnis und ihrer Alltagskultur. Deshalb muss Integration weiterhin gefördert, aber intensiver als bisher eingefordert werden.
- **Konkrete Integrationsschritte vereinbaren.** Mit verpflichtenden Integrationsvereinbarungen zeigen wir anerkannt Schutzberechtigten Schritte für eine gelingende Integration auf, setzen ihnen Etappenziele und kontrollieren, dass sie auf diese hinarbeiten. Wir schaffen für diese Gruppe einen gemeinnützigen integrativen Dienst, um diejenigen an den Arbeitsmarkt heranzuführen, die keine Beschäftigung finden.
- **Bessere Startchancen schaffen.** Das Erlernen der deutschen Sprache legt den Grundstein für Integration und Teilhabe. Ein breites Angebot an Deutsch- und Integrationskursen ermöglicht Erfolge in Bildung und Arbeit.
- **Integration ist keine Hauruckaktion.** Die Einbürgerung steht immer am Ende einer erfolgreichen Integration. Deshalb lehnen wir die Express-Einbürgerung der Ampel nach nur drei Jahren Aufenthalt genauso entschieden ab wie die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft. Wir machen sie rückgängig. Für uns sind gute Deutschkenntnisse, die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt und Straffreiheit unabdingbare Voraussetzungen für die Einbürgerung.

- **Zusammenhalt lernen und leben.** Der Dienst für das Gemeinwohl bringt Menschen unterschiedlicher Milieus, Religionen und Generationen zusammen. Er bietet die Chance, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, und trägt zur Persönlichkeitsbildung bei. Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das wir mit der aufwachsenden Wehrpflicht zusammendenken.
- **Freiwilliges Engagement stärken.** Wir setzen ein Vereinspaket für unser Ehrenamt um, mit dem wir Bürokratie, Datenschutz und Haftungsfragen angehen. Zudem setzen wir mehr Anreize für private Gelder und Spenden und erleichtern den Zugang zu öffentlicher Förderung.
- **Ehrenamt steuerlich entlasten.** Wir erhöhen die Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale spürbar.
- **Vereinen mehr Vertrauen entgegenbringen.** Die notarielle Beglaubigung von Anträgen auf Satzungsänderung oder Vorstandswechsel soll entfallen. Genehmigungen und Auflagen für öffentliche Veranstaltungen machen wir einfacher.
- **Datenschutz an die Praxis anpassen.** Wir ändern die Datenschutzauflagen für gemeinnützige Vereine. Sie sollen keinen Datenschutzbeauftragten mehr bestellen müssen.
- **Mehr Mut und Tempo bei Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR).** Unser Land braucht mehr denn je eine unabhängige Medienlandschaft. Das betrifft die privaten Medien, aber genauso den ÖRR. Es braucht ein Informationsangebot, das nicht überwältigt, belehrt oder bevormundet, nicht tendenziös oder einseitig ist. Wir verpflichten den ÖRR zu seinem Kernauftrag: Sparsamkeit, mehr Meinungsvielfalt und Neutralität.
- **Duales Mediensystem erhalten.** Private Medien brauchen Werbeeinnahmen. Daher tragen wir Sorge dafür, dass das Wettbewerbsumfeld, in dem sie arbeiten, fair gestaltet ist.
- **Deutsch ohne Beipackzettel und Bevormundung.** Wir stehen zur geschlechtergerechten Sprache. Den Gender-Zwang aus ideologischen Gründen aber lehnen wir ab, weil er Barrieren errichtet, Menschen ausgrenzt und bevormunden will. Wir setzen uns dafür ein, dass im öffentlichen Raum – an Schulen und Universitäten, im Rundfunk und der Verwaltung – auf die Gendersprache verzichtet wird.

Freiheit leben und Kultur fördern

Unser Land ist reich an Kultur – reich an Traditionen und Bräuchen, an Kunst und Architektur, an Literatur und Musik, an Geschichte und religiöser Vielfalt. Dieser Reichtum zeichnet uns aus – in Stadt und Land. Unsere Kultur ist das Fundament unserer Freiheit, auf dem wir als Nation heute stehen und auch in Zukunft stehen wollen. Den kulturellen Reichtum unseres Landes werden wir pflegen und weiterentwickeln und gegen jede Herausforderung verteidigen.

- **Traditionen erlebbar machen.** Kulturelle Traditionen sind Teil unserer Leitkultur. Orte der Kultur wie Museen, Theater, Konzerthäuser, religiöse Einrichtungen, Bibliotheken, Archive oder Gedenkstätten bewahren unsere Traditionen und Bräuche und tragen dazu bei, diese lebendig zu gestalten. Sie gilt es zu erhalten und zu stärken.
- **Förderung von Kunst und Kultur.** Sie ist eine öffentliche Aufgabe, die der Bund, die Länder und die Kommunen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gemeinsam gewährleisten müssen. Wir werden die besondere Kulturverantwortung des Bundes vor allem für die auswärtige Kulturpolitik, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Förderung herausragender Institutionen und Projekte über die Kulturstiftung des Bundes insbesondere, aber nicht nur in der Hauptstadt engagiert wahrnehmen.
- **Kulturföderalismus bewahren und stärken.** Eine funktionierende und lebendige kulturelle Infrastruktur zählt zur Daseinsvorsorge. Museen, Theater, Bibliotheken oder Galerien gehören auch in den ländlichen Raum. Sie sind Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse.
- **Erinnerungskultur verstetigen und erweitern.** Die Erinnerung an die beiden totalitären Regime in Deutschland ist für uns ein Auftrag für Gegenwart und Zukunft. Zugleich erweitern wir den Erinnerungsansatz um die Geschichte des Kolonialismus.
- **SED-Diktatur weiter aufarbeiten.** Dazu wollen wir Wissenschaft und Forschung auch in den kommenden Jahren fördern. Zudem beseitigen wir rentenrechtliche Benachteiligungen bei Übersiedlern aus der DDR und Verfolgten des SED-Regimes.
- **Zukunftstechnologien und Kultur zusammendenken.** Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz werden auch in der Kultur ein Wirtschaftsfaktor sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Potenziale genutzt werden.
- **Eigeninitiative und Wirtschaftlichkeit honorieren.** Die Innovationskraft unserer Gesellschaft steckt in der Kultur. Sie ist zugleich ein Wirtschaftsfaktor für unser Land. Wir unterstützen die Bereitschaft zur Eigenverantwortung von Kultureinrichtungen. Kultur-Sponsoring, Mäzenatentum und Wirtschaftskooperationen müssen selbstverständlicher Bestandteil im Management moderner Kultureinrichtungen sein.
- **Clubs als Kulturorte anerkennen.** Clubs sind Orte des kulturellen Austauschs. In der Baunutzungsverordnung sollten Clubs als Orte der Kultur anerkannt werden, um ihre gesellschaftliche Bedeutung zu unterstreichen.
- **Kreativwirtschaft stärken.** Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf die Unterstützung der Musikindustrie sowie die Kino-, Film-, und Games-Förderung.
- **Christliche Traditionen bewahren.** Deutschland ist geschichtlich, kulturell und wertemäßig tief vom christlichen Glauben geprägt. Die Kirchen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Bildung, Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns zum Schutz der christlichen Feiertage und zur Sonntagsruhe sowie zur geregelten Kooperation zwischen Staat und Kirche. Der Religionsunterricht ist unverzichtbar. Wir sprechen uns dafür aus, Religion als ein ordentliches Schulfach aufzuwerten.
- **Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften schützen.** Wir schätzen es, wenn Religion zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt und Orientierung gibt. Der umfängliche Schutz der Religionsfreiheit und der Schutz religiöser und

weltanschaulicher Minderheiten ist uns ein besonderes Anliegen. Unser Grundgesetz garantiert die Religionsfreiheit. Sie ist jedoch kein Freibrief zum Verbreiten von Ideologien, die sich gegen andere Religionen und unsere freiheitliche Rechtsordnung richten. Religionsfreiheit ist und bleibt auch in Zukunft die entscheidende Nagelprobe für freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Gewissensfreiheit sowie alle übrigen universalen Menschenrechte.

- **Jüdisches Leben schützen und wertschätzen.** Seit dem Terror-Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 bricht sich in unserem Land ein lange nicht mehr vorstellbarer Judenhass Bahn. Deutschland trägt besondere Verantwortung, dagegen vorzugehen. Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben werden wir aktualisieren und konkreten Maßnahmen umsetzen. Denn wir sind dankbar, dass es heute wieder ein lebendiges jüdisches Leben in unserem Land gibt.
- **Muslime in unserer Mitte stärken.** Wir dulden keine Abwertung von Muslimen. Unser Ziel ist ein lebendiges und vielfältiges muslimisches Gemeindeleben, das sich Deutschland zugehörig fühlt und fest auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung steht. Im Rahmen einer Stiftung unterstützen wir Moscheegemeinden, die diese Voraussetzungen erfüllen, und die Ausbildung von Imamen in Deutschland und in deutscher Sprache. Das erleichtert die Integration.
- **Kein ferngesteuerter Islam.** Es darf keine Einflussnahme ausländischer Regierungen über Moscheevereine und Islamverbände auf die deutschen Muslime unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit geben. Deshalb führen wir eine Pflicht zur Offenlegung der Finanzierung und Spender ein. Ganz generell gilt: Vereine und Verbände, die Geld von ausländischen Regierungen und mit ihnen verbundenen Organisationen erhalten, können weder staatliches Geld aus Deutschland erhalten noch Kooperationen mit unseren staatlichen Stellen eingehen.
- **Kulturelle Bildung generationsübergreifend fördern.** Kulturelle Bildung findet zu Hause und in der Schule statt, sollte aber auch fester Bestandteil des Angebots aller Kultureinrichtungen werden, damit Kultur auch in der Zukunft ein Publikum hat.
- **Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen und Aussiedler pflegen.** Es ist ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität. Das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa entfaltet an vielen Orten eine verbindende Kraft. Wir verankern es zusammen mit den Vertriebenen und ihren Verbänden als festen Bestandteil der deutschen Kulturnation und Teil der europäischen Identität.
- **Erinnerung an Flucht und Vertreibung stärken.** Wir stärken die Bundesförderung nach dem Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetzes. Wir machen die Umbenennung des bisherigen „Bundesinstituts für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ rückgängig und überführen die Bundesanstalt für ihren Kernauftrag der Beratung und Unterstützung der Bundesregierung gemäß § 96 BVFG nach Berlin. Die unselbständige Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung machen wir selbständig und bringen eine Neugestaltung der Dauerausstellung voran.
- **Vertriebene und Aussiedler würdigen.** In unserer historischen Verantwortung treten wir für die Angehörigen der Heimatvertriebenen, Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten ein. Ihre Aufbauleistung und Brückenfunktion sind konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation.

- **Alles unter einem Dach.** Wir führen die Zuständigkeiten für Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie deutsche Minderheiten wieder im Bundesinnenministerium zusammen und stärken das Amt des Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Wir fördern weiter die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.
- **Das Tor für Spätaussiedler nach Deutschland offenhalten.** Wir stärken sie in ihrer Selbstidentifikation als Deutsche. Wir stehen weiterhin für die gesetzlich garantierte Aufnahme deutscher Spätaussiedler ein und richten die gesetzlichen Vorgaben noch stärker an der Lebenswirklichkeit der Menschen in den Herkunftsgebieten aus. Wir ermöglichen den Zuzug der nach dem 1. Januar 1993 geborenen Angehörigen.
- **Fremdrentengesetz reformieren.** Wir beseitigen das Problem rentenrechtlicher Benachteiligungen und fremdverschuldeter Altersarmut bei Aussiedlern und Spätaussiedlern.
- **Kultur als Brücke in Europa und der Welt.** Die Europäische Union ist auf einer gemeinsamen Kultur gegründet. Kultur baut Brücken, auch dies ist eine Lehre der deutschen Geschichte. Internationale Kooperationen zur Kulturförderung werden wir deshalb weiter unterstützen.

Nie wieder ist jetzt – kein Platz für Antisemitismus

Wir bekämpfen entschlossen Judenhass. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben können.

- **Mehr Engagement gegen Antisemitismus.** Wir erwarten von Parteien, Wissenschaft, Medien, Kunst und Kultur die Klarstellung, dass es in ihren Reihen keinen Raum für antisemitische Ansichten gibt.
- **Verantwortung und Dialog stärken.** Alle Schülerinnen und Schüler sollen Gedenkstätten besuchen. Das ist wichtig für ihr historisches Bewusstsein. Gleichzeitig treiben wir den Aufbau des Deutsch-Israelischen Jugendwerks zügig voran. So kann ein aktuelles, reales Bild von Israel vermittelt werden.
- **Kein staatliches Geld für Antisemitismus.** Zivilgesellschaftliche Organisationen, die vom Bund gefördert werden, sollen künftig ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum Existenzrecht Israels abgeben sowie gegen Antisemitismus im Sinne der Definition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA).
- **Israelhass und Antisemitismus härter bestrafen.** Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson. Deshalb verschärfen wir den Volksverhetzungs-Paragrafen im Strafgesetzbuch so, dass das Leugnen des Existenzrechts künftig strafbar ist. Außerdem führen wir einen besonders schweren Fall der Volksverhetzung ein, der Täter umfasst, die antisemitisch handeln.
- **Zugewanderten Antisemitismus bekämpfen.** Wir ändern das Aufenthalts- und Asylrecht so, dass eine antisemitische Straftat auch zu einem Verlust des humanitären Schutzes in Deutschland und zur Abschiebung führt. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels machen wir zu einer Einbürgerungsvoraussetzung.